

Umstrittener Gesetzentwurf

Teilhabe-gesetz: Grotelüschen will vermitteln

WESERMARSCH/BERLIN. Die Rechte von Menschen mit Behinderungen sollen in Deutschland mit dem Bundes-Teilhabe-gesetz modernisiert und verbessert werden. Das CVJM-Sozialwerk Wesermarsch und andere Einrichtungen sind gegen den aktuellen Entwurf (wir berichteten). Die CDU-Bundestagsabgeordnete Astrid Grotelüschen hat das jetzt zum Anlass genommen, um sich am Rande eines Kongresses, der in Berlin stattfand, mit CVJM-Geschäftsführer Holger Knoop über das Thema zu unterhalten. Die Politikerin hatte ihn eingeladen, an dem Kongress teilzunehmen.

Im bisherigen Entwurf für das Gesetz, das am 1. Januar 2017 in Kraft treten soll, stünden finanzielle Interessen der Bundesländer im Vordergrund, meint Holger Knoop. Einer der beklagten Punkte sieht vor, dass in Behindertenwerkstätten beschäftigte Menschen nur noch Rücklagen von maximal 2600 Euro von ihrem Gehalt sparen dürfen. Alles, was darüber hinausgeht, würde in Zukunft von der Grundsicherung abgezogen. Dies empfinden die Gegner des Entwurfs als ungerecht.

Politikerin will sich kümmern

„Es ist wichtig, die Bedürfnisse der Betroffenen im Blick zu behalten“, so Astrid Grotelüschen jetzt in Berlin. Sie versprach dem Geschäftsführer, sich nicht nur bei den Fachleuten in der CDU/CSU-Fraktion für die Belange der Betroffenen stark zu machen, sondern auch bei der zuständigen SPD-Ministerin. (kzw)



Astrid Grotelüschen (CDU) und Holger Knoop (CVJM) haben sich jetzt in Berlin ausgetauscht. Foto kzw